

Uribe am Ende?: Überlegungen zur aktuellen Konjunktur in Kolumbien

Kurtenbach, Sabine

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kurtenbach, S. (2003). *Uribe am Ende?: Überlegungen zur aktuellen Konjunktur in Kolumbien*. (Brennpunkt Lateinamerika, 22). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444916>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 22

30. November 2003

ISSN 1437-6148

Uribe am Ende?

Überlegungen zur aktuellen Konjunktur in Kolumbien

Sabine Kurtenbach

Noch nie hatte er Wahlen verloren, in seinem ersten Amtsjahr schwebte er in allen Umfragen auf einer Welle breiter Zustimmung, und nun das doppelte Desaster Ende Oktober: Das von Präsident Álvaro Uribe zum Kernprojekt seiner Reformpolitik erklärte Referendum scheiterte, weil das notwendige Quorum von 25% der Wahlberechtigten nicht erreicht wurde. Einen Tag später gingen bei den Kommunal- und Regionalwahlen dann zwar doppelt so viele Kolumbianerinnen und Kolumbianer zu den Urnen, sie wählten aber vor allem in den wichtigsten Großstädten des Landes Uribe-Gegner in die Rathäuser und Gouverneurssitze. Lagen die Prioritäten der Regierung in den ersten 15 Monaten in der Sicherheitspolitik, so fordert ein wachsender Teil der Bevölkerung offensichtlich eine Verbesserung der Sozialpolitik. Lassen sich diese beiden Agenden in Einklang bringen, oder stellt dies die Quadratur des Kreises dar? Im Folgenden soll zur Annäherung an diese Frage zunächst eine Bilanz der ersten 15 Amtsmonate der Regierung gezogen werden. Vor diesem Hintergrund erscheinen dann die Ergebnisse von Referendum und Wahlen in einem differenzierteren Licht. Abschließend bleibt die Frage nach den Perspektiven für die verbleibende Amtszeit der Regierung Uribe.

Bei seinem Amtsantritt hatte Álvaro Uribe ein doppeltes Versprechen abgegeben. Den bewaffneten Gruppen erklärte er „mit harter Hand“ den Krieg bis sie zu ernsthaften Verhandlungen und einem Waffenstillstand bereit seien. Mit „weitem Herzen“ wollte er dagegen die sozialen Probleme des Landes angehen und die Lebensbedingungen der mehr als 50% der Kolumbianerinnen und Kolumbianer verbessern, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Der Schwerpunkt der ersten 15 Amtsmonate lag eindeutig auf der Sicherheitspolitik, und hier beim militärischen Kampf gegen die Guerillagruppen. Anhänger des Präsidenten erklären dies mit der Notwendigkeit, ein Mindestmaß an Ordnung und Sicherheit schaffen zu müssen, bevor Maßnahmen der Entwicklungspolitik grei-

fen könnten. Gleichzeitig sieht sich die kolumbianische Regierung aber angesichts der wachsenden Verschuldung einem massiven Druck zur Haushaltskonsolidierung und zur Reduzierung der staatlichen Ausgaben ausgesetzt, was den Spielraum für Sozialpolitik ebenso reduziert wie die Erhöhung der Ausgaben für Militär und Polizei.

Symbolische Erfolge in der Sicherheitspolitik

Im Rahmen der Politik der „harten Hand“ erklärte Präsident Uribe bereits in der ersten Woche nach seinem Amtsantritt am 7. August 2002 den Zustand „innerer Unruhe“, ein Ersatz für den 1991 in der Verfassungsreform abgeschafften Ausnahmezustand, in dessen Rahmen Exekutive und Militär

Sonderrechte eingeräumt sowie Teile der Bürger- und Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt werden. So können Personen beispielsweise aus „präventiven Gründen“ festgenommen, Wohnungen ohne richterliche Anordnung durchsucht und Ausgangssperren verhängt werden.

Die Politik gegenüber der Guerilla

In der direkten militärischen Auseinandersetzung mit den beiden Guerillagruppen, *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) und *Ejército de Liberación Nacional* (ELN), setzte Uribe vor allem auf militärischen Druck. Die Guerillagruppen wurden angegriffen und teilweise aus Gebieten, die sie bisher kontrolliert hatten vertrieben; die territoriale Kontrolle der staatlichen Sicherheitskräfte wurde ausgeweitet. Dafür warben die Streitkräfte zum einen so genannte

soldados campesinos (Bauernsoldaten) an, zum anderen bezahlten sie Informationen über die Guerilla. Bereits nach relativ kurzer Zeit konnte die Regierung einige spektakuläre Erfolge verbuchen. So gelang den Streitkräften im November 2002 nach nur fünf Tagen die Befreiung des von den FARC entführten Vorsitzenden der lateinamerikanischen Bischofskonferenz, des Erzbischofs von Zipaquirá, Jorge Jiménez Carvajal. 2003 gelang es den Streitkräften nach eigenen Angaben, auch zahlreiche regionale Führungspersonen von FARC und ELN festzunehmen oder zu töten. Gleichzeitig schloss die Regierung Uribe Verhandlungen mit den bewaffneten Gruppen nicht aus. Sie erklärte, dass sie bereit sei, mit all jenen zu verhandeln, die einen Waffenstillstand verkünden und ihre Waffen abgeben.

Charakteristika der Gewalt 1996-2002

	Jahresmittel	Veränderung im Zeitraum	Maximum	Minimum	Departamentos mit der größten Betroffenheit (Gesamtzahl)	Departamentos mit der größten Betroffenheit (pro 100.000 Einwohner)
Morde	26.097	8,0%	28.837 (2002)	23.098 (1998)	Antioquia, Valle del Cauca, Cundinamarca, Norte de Santander und Caldas	Guaviare, Antioquia, Caquetá, Arauca und Casanare
Entführungen	2.704	85,7%	3.706 (2000)	1.608 (1996)	Antioquia, Cesar, Cundinamarca, Valle del Cauca und Santander	Vaupés, Casanare, Cesar, Guaviare und Guajira
Massaker	149	4,5%	238 (2000)	110 (1996)	Antioquia, Valle del Cauca, Cundinamarca, Norte de Santander und Cesar	Chocó, Caquetá, Guajira, Cesar und Antioquia
Vertreibungen	31.199	12017,0%	75.730 (2002)	625 (1996)	Antioquia, Bolívar, Magdalena, Chocó und Cesar	Putumayo, Chocó, Caquetá,
Terrorismus	862	87,4%	1.171 (2002)	625 (1996)	Antioquia, Arauca, Cundinamarca, Norte de Santander und Valle del Cauca	Arauca, Vaupés, Norte de Santander, Putumayo, Casanare
Angriffe auf die Bevölkerung	116	91,0%	182 (2000)	67 (1996)	Antioquia, Cauca, Cundimarca, Arauca und Nariño	Arauca, Cauca, Caquetá, Casanare und Vaupés

Quelle: Departamento de Planeación Nacional, Cífras de Violencia 1996-2002.

Zur Verbesserung der Sicherheitslage auf den öffentlichen Straßen des Landes organisierte die Regierung während der Ferien und Feiertage so genannte Karawanen. Diejenigen, die beispielsweise die Hauptstadt verlassen wollten, um sich in die Feriengebiete zu begeben, versammelten sich zu einem bestimmten Zeitpunkt und unternahmen die Fahrt mit staatlichem Begleitschutz. Dies erhöhte die in den letzten Jahren durch die zahlreichen Straßensperren und Entführungen stark eingeschränkte Mobilität der städtischen Bevölkerung zumindest teilweise. Für die Bevölkerung ergab sich so eine subjektive Verbesserung der öffentlichen Sicherheit. Dazu trägt auch bei, dass die Häufigkeit von Entführungen und selbst die Zahl der Morde im Jahr 2003 nach Regierungsangaben deutlich zurückgegangen sind. Auch andere Quellen, zum Beispiel die Daten der *Fundación Seguridad y Democracia*, bestätigen diesen Trend, wobei die Zahl der Entführungen aber beispielsweise bereits im letzten Amtsjahr der Regierung Pastrana rückläufig war. Die Analyse der Stiftung führt den Rückgang der Entführungen auf die Verbesserung der Kontrolle der großen Straßen zurück, wodurch die so genannte *pesca milagrosa* (die Entführung an Straßensperren) erschwert worden sei. Insgesamt stellt sich darüber hinaus die Frage, inwieweit der Rückgang – obwohl sich die Gewalt immer noch auf einem extrem hohen Niveau befindet – mit der Politik Uribes zusammenhängt oder ob es sich um einen konjunkturellen Rückgang der Gewalt nach einem Wahljahr handelt.

Die Guerilla reagierte auf die Strategie der Regierung Uribe durch eine Anpassung ihrer eigenen Vorgehensweise. Zum einen lässt sich ein strategischer Rückzug feststellen, das heißt vor allem die FARC geben zum Teil Gebiete preis, die sie bis dahin kontrolliert hatten. Zum anderen erklärten FARC und ELN am 25. August 2003 eine taktische Allianz, was es zuletzt Anfang der 90er Jahre im Rahmen der *Coordinadora Guerrillera Simón Bolívar* gegeben hatte. Die Guerilla will mit der „illegitimen Regierung Uribe“ keine Verhandlungen führen, ist allerdings bereit, mit den Vereinten Nationen Gespräche z.B. über einen Gefangenen austausch zu führen. Die Sicherheitskräfte berichten außerdem immer wieder über Desertionen aus Reihen der Guerilla. So sollen sich im Jahr 2003 bis zum 19. November nach Regierungsangaben 2136 Guerilleros und Paramilitärs ergeben haben.

Die Regierung interpretiert alle diese Entwicklungen als ein Zeichen des eigenen Erfolges und der Schwächung der Guerilla. Möglich ist aber auch, dass es sich lediglich um konjunkturelle

Veränderungen handelt. So geht die Regierung selbst nach wie vor von ca. 30.000 Kämpfern aus, was den proklamierten militärischen Erfolgen und der Zahl der Desertionen widerspricht. Anlass zu Zweifeln gibt nicht nur die Tatsache, dass natürlich keine verlässlichen Daten existieren, sondern auch die Erfahrung, dass die kolumbianischen Gruppen in ihrer Stärke stets Schwankungen aufwiesen. Diese sind unter anderem auch damit zu begründen, dass die meisten Guerilleros zumindest unterhalb der mittleren und hohen Führungsebene vielfach nur einige Jahre bei der Guerilla verbringen und dann wieder ins zivile Leben zurückkehren. Es könnte sich mithin auch um eine taktische Anpassung an die neuen Gegebenheiten handeln.

Die Paramilitärs und die Regierung Uribe

Gegenüber den Paramilitärs wählte die Regierung dagegen eine andere Strategie. Die Wahl von Uribe war von den Paramilitärs begrüßt worden, weil sie in ihm einen Verbündeten im Kampf gegen die Guerilla sahen. Bei Menschenrechtsorganisationen und auf der internationalen Ebene hatte dies zu Befürchtungen Anlass gegeben, die Paramilitärs könnten unter Uribe noch brutaler und offener agieren als bisher. Die Regierung hatte zwar betont, dass sie alle „illegalen bewaffneten Gruppen“ bekämpfen werde, der Schwerpunkt lag aber eindeutig bei der Bekämpfung der Guerilla. Im Juli 2003 fanden dann erste Gespräche zwischen Regierung und Paramilitärs in Antioquia statt, die zur Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung führten. Bis Ende 2005 soll ein Großteil der Paramilitärs entwaffnet und demobilisiert sein.

Die AUC (*Autodefensas Unidas de Colombia*) hatten bereits im Dezember 2002 einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. Hintergrund dieser Gesprächsbereitschaft waren zwei Entwicklungen, die die Position der Paramilitärs insgesamt schwächten. Erstens haben US-Behörden Ende September 2002 Auslieferungsbegehren gegen die beiden militärischen bzw. politischen Führer der AUC, Salvatore Mancuso und Carlos Castaño, beantragt. Zweitens wurde 2002 der Mangel an interner Einheit in der AUC sichtbar: Bei den Auseinandersetzungen ging es dabei sowohl um die Frage der Involvierung der AUC in den Drogenhandel als auch um den Vorschlag, mit der Regierung Friedensverhandlungen aufnehmen zu wollen. Während die Führung bestrebt war ihr Image zu verbessern, erklärten zahlreiche regionale Fronten, dass sie nicht bereit seien, sich mit der Regierung an einen Tisch zu setzen.

Eine Verhandlung mit der Regierung über die Niederlegung der Waffen im Gegenzug zu ökonomischen Wiedereingliederungshilfen und vor

allem Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen macht vor diesem Hintergrund für die Paramilitärs Sinn. Angesichts der Tatsache, dass die Regierung Uribe als eher Paramilitär-freundlich eingestuft wird, können die Paramilitärs mitunter bessere Konditionen erwarten. Selbst wenn es der Regierung gelänge, einen Großteil der Paramilitärs zur Beendigung ihres Kampfes zu bewegen, blieben aber zahlreiche weitere Gruppen aktiv. Das würde zwar die Zahl der Massaker und anderer Menschenrechtsverletzungen verringern,¹ aber am Grundproblem der Existenz zahlreicher bewaffneter Gruppen und Banden nichts ändern.

Am 25. November 2003 fand die erste größere Demobilisierung des *Bloque Cacique Nitibara* in Medellín statt. Dafür gibt es aber weder eine gesetzliche Grundlage noch ein klares Konzept. Die etwa 800 Kämpfer gaben etwa hundert – zum Teil nagelneue – Waffen ab und sollen in den kommenden drei Wochen zunächst über die bestehenden Angebote der Regierung informiert und dann innerhalb von drei Jahren reintegriert werden. Besonders die vorgesehenen 200 Arbeitsplätze im Projekt *Metroseguridad* lassen nichts Gutes ahnen und werfen die Frage auf, ob es hier nicht zu einer schlichten Legalisierung und Integration illegaler bewaffneter Gruppen kommt. Ein dissidenter Paramilitär namens Rodrigo wird von der *Financial Times* (26.11.03) mit der Einschätzung zitiert, die Demobilisierung sei „in der Realität ein Nichtangriffspakt zwischen den Drogenhändlern und der Regierung Uribe.“ Der Umgang der Regierung mit den Paramilitärs – sowohl mit denen, die sich nicht demobilisieren, als auch mit den Menschenrechtsverletzungen derer, die die Waffen niederlegen – wird ein entscheidender Faktor für die künftige Entwicklung sein.

Symbolische Erfolge

Eine erste Bilanz von 15 Monaten Sicherheitspolitik der Regierung Uribe fällt aus den genannten Gründen deshalb eher gemischt aus. Zwar haben die staatlichen Sicherheitskräfte momentan in der militärischen Auseinandersetzung gegen die Guerilla die Oberhand, ob dies einen historischen Wendepunkt darstellt, oder eher eine konjunkturelle Entwicklung ist, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Die Strategie der Regierung weist außerdem gravierende Probleme in Bezug auf ihre Nachhaltigkeit auf:

1. Sie ist in extrem hohem Maß von externer Finanzierung und damit v.a. von den USA abhängig. Ob der US-Kongress zu einem langfristigen Engagement in Kolumbien bereit ist, ist nicht zuletzt aufgrund der Priorität, die der Nahe Osten dort momentan hat, durchaus zweifelhaft.
2. Die Existenz interner Rivalitäten und Probleme in Militär und Polizei, wie sie in den letzten Wochen durch Korruptionsskandale, den Rücktritt der Verteidigungsministerin Martha Ramirez und die Erneuerung der Militärspitze sichtbar geworden ist, zeigt, dass die staatlichen Sicherheitskräfte noch weit vom Ziel der Professionalisierung und demokratischen Kontrolle entfernt sind.
3. Die Strategie weist zahlreiche autoritäre Elemente auf, wie die wiederkehrende Verhängung des Zustands der inneren Unruhe und die Sonderrechte für das Militär, die mit einem pluralistischen demokratischen Staat nicht kompatibel sind. Aus dieser Definition bezieht die Regierung Uribe aber vor allem international ihre Legitimität und Unterstützung.

Wirtschafts- und Sozialkrise

Kolumbien erlebte in den vergangenen Jahren die schwerste Wirtschaftskrise seit der Depression der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts. Zwei Gründe sind hierfür verantwortlich. Zum einen stiegen die ökonomischen Kosten der Gewalt, zum anderen zeichnet sich eine grundlegende Krise des Entwicklungsmodells ab.

Galt lange der Spruch „dem Land geht es schlecht, der Wirtschaft gut“, so zeichnet sich seit geraumer Zeit ein zunehmendes Bewusstsein für die wirtschaftlichen und sozialen Kosten der anhaltenden Gewalt ab. Sowohl das Nationale Planungsamt DANE (*Departamento Administrativo Nacional de Estadística*) wie auch die Weltbank haben Schätzungen zu den Kosten des Krieges vorgenommen. Gemeinhin wird davon ausgegangen, dass das kolumbianische BIP in den vergangenen 20 Jahren um jährlich durchschnittlich zwei Prozentpunkte höher ausgefallen wäre, hätte der Krieg Anfang der 80er Jahre ein Ende gefunden. Daraus ergeben sich Berechnungen, gemäß denen das durchschnittliche Einkommen in Kolumbien heute 50% höher liegen könnte (Worldbank 2002).

Abgesehen von den hohen materiellen Kosten des Krieges erlebt das Land aber auch eine grundlegende Krise des auf dem Kaffeeexport basierenden Entwicklungsmodells. Die Schwankungen auf dem Weltkaffeemarkt verschärfen die Auswirkungen

¹ Morde und Massaker haben in der Tat im ersten Halbjahr 2003 zunächst abgenommen, was wohl auf die verminderte Aktivität der Paramilitärs zurückzuführen ist.

gen aktuell, sind aber nicht ihre Hauptursache. Strukturell besteht die Krise darin, dass es im Rahmen dieses Entwicklungsmodells nicht gelungen ist, eine Entwicklung in Gang zu setzen, die zum einen nachhaltig ist, zum anderen den Veränderungen der Sozialstruktur und dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trägt. Deutlich wird dies, wenn man die Daten für die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen betrachtet, die nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO 2002: 108) im Jahr 2001 in den sieben größten Städten des Landes 33% betrug. Der Aufstieg der Drogenökonomie verzögerte den offenen Ausbruch der Krise, weil der Kokaanbau auf dem Land eine Überlebensalternative für landlose Bauern war, während Transport, Handel und andere Handlangerdienste, wie der bewaffnete Schutz der Capos, arbeitslosen Jugendlichen eine Perspektive boten. Mit dem seit Mitte der 90er Jahre zunehmenden internationalen Druck, den Drogenanbau zu bekämpfen, verliert die Drogenwirtschaft allerdings zunehmend ihre Pufferfunktion.

Die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre zeigt sich unter anderem auch an einer Verschiebung der Export- und Einnahmenstruktur. Aktuell erzielt Kolumbien den Hauptteil seiner Deviseneinnahmen nicht mehr aus dem Kaffee, sondern zu 30% aus dem Verkauf von Erdöl sowie einen wachsenden Teil durch die Überweisungen von kolumbianischen Migranten (so genannte *remesas*), deren Höhe 2002 mit US\$ 2,27 Mrd. bereits 2,4% der Exporteinnahmen entsprach (Orozco 2003). Beide Bereiche sind wenig zukunftsträchtig: Zwar verfügt Kolumbien über große noch nicht erschlossene Erdölvorkommen, deren Ausbeutung erfordert aber ein hohes Maß an technischem Know-how und Investitionen, die bisher nicht verfügbar sind. Die Einkünfte aus der Migration sind in hohem Maß von der Migrationspolitik v.a. der USA abhängig und somit ebenfalls keine dauerhafte Basis. Darüber hinaus sind beides Bereiche, die die Entstehung rentenökonomischer Strukturen fördern, was ebenfalls in der Regel Korruption und Klientelwirtschaft stärkt und nicht nachhaltige Entwicklung.

Infolge von Gewalt und Wirtschaftskrise erlebt Kolumbien seit Mitte der 90er Jahre eine soziale Krise, die sich von Jahr zu Jahr verschlimmert. Hierzu tragen nicht nur die direkten Folgen der Gewalt unter anderem mit etwa 2 Mio. Vertriebenen bei, sondern auch die Krise des Entwicklungsmodells. Eine aktuelle Studie des *Centro de Investigaciones para el Desarrollo* der kolumbianischen Nationaluniversität (CID 2003) und der jährliche Überblick der CEPAL zur Sozialentwicklung in Lateinamerika (CEPAL

2003) zeigen eine dramatische Entwicklung, demnach ist zwischen 1997 und 2002

1. das BIP pro Kopf um etwa 10% gesunken;
2. der Anteil der Bevölkerung, die unterhalb der Armutsgrenze lebt, von 50% auf über 62%, derjenigen, die in extremer Armut leben von 18% auf 23% gestiegen;
3. der Gini-Index (als Indikator sozialer Ungleichheit) von 0,56 auf 0,58 gestiegen (zwischen 1995 und 2001);
4. der Anteil der Sozialausgaben am BIP gesunken, was sich vor allem negativ auf den Zugang der armen Bevölkerung zu sozialen Diensten auswirkt,
5. der Anteil der Militärausgaben am BIP dagegen gestiegen;
6. die Teilhabe am Gesundheitssystem zwischen 1997 und 2000 von 22,7 Mio. auf 21 Mio. Personen gesunken.

Zeigen diese landesweiten Werte schon eine alarmierende Entwicklung, so verschärft sich die Lage weiter, wenn der Gegensatz zwischen Städten und ländlichen Regionen berücksichtigt wird. Dort wirkt sich nicht nur die Krise des Kaffeesektors aus, sondern dort hat nach Regierungsangaben (Espitía López 2003) die gesamte Politik der wirtschaftlichen Öffnung in den vergangenen zwölf Jahren zur Verschärfung der Probleme und zum Anstieg der Armut von 71% auf 82% (1990 bis 2002) beigetragen. Das Land wird zum einen nicht genutzt, zum anderen ist aber auch die Konzentration des Landbesitzes weiter gestiegen: 1,08% der Landbesitzer verfügen über 53% des Bodens (ein Jahrzehnt vorher waren es 1,4% und 46%). Eine Studie des nationalen Rechnungshofes zeigt, dass sich 40% des Landes in den Händen von *Narcos* befinden (LAWR 03-35, 9.9.03).

Auch wenn die kolumbianischen Medien berichten, die wirtschaftlichen Prognosen für 2004 seien besser und die kolumbianische Ökonomie befände sich in einem Prozess der langsamen Erholung, so ist eine grundlegende Wende nicht abzusehen. Selbst wenn die kolumbianische Wirtschaft in den kommenden Jahren wieder kräftig wachsen würde, so wäre dies bestenfalls eine Voraussetzung für eine verstärkte Sozialpolitik. Die Praxis der letzten Jahrzehnte zeigt allerdings, dass Wirtschaftswachstum in Kolumbien nicht zwingend mit einer Verminderung der Armut und einer Abnahme der Gewalt verbunden wird.² Im Gegen-

² Eine Studie der Weltbank zur Regulierung gewaltsamer Konflikte (Collier et al. 2003) setzt auf Wirt-

teil: Kolumbiens Wirtschaft wuchs 40 Jahre lang, ohne dass Armut und Gewalt abnahmen.

In der öffentlichen Meinung wird der Regierung ein wesentliches Maß an Schuld für die soziale Misere gegeben. In der neuesten Umfrage des *Latinobarómetro* (www.latinobarometro.org), die am 31. Oktober 2003 veröffentlicht wurde, gaben immerhin 62% der Kolumbianerinnen und Kolumbianer der Regierung die Schuld an der schlechten Wirtschaftslage. Mit der Marktwirtschaft sind nur 16% zufrieden.

Drogenwirtschaft und Kampf gegen den Terror

Seit Mitte der 90er Jahre dominiert das Thema der Drogenbekämpfung die bilaterale Agenda zwischen Kolumbien und den USA, was die Beziehungen zur Regierung Samper (1994-98) erschwerte, weil deren Wahlkampf mit Geldern des Kartells von Cali finanziert worden war. Mit dem Amtsantritt von Andrés Pastrana (1998-2002) normalisierten sich die traditionell guten Beziehungen nicht nur, sondern die USA wurden zum wichtigsten Partner der kolumbianischen Regierung. Die USA finanzierten den Löwenteil des unter dem Namen *Plan Colombia* verkündeten Entwicklungsprogramms der Regierung. Der größte Teil der US-Hilfe von US\$ 1,3 Mrd. floss in Form von Militärhilfe zur Bekämpfung des Drogenhandels, wodurch Kolumbien nach Israel und Ägypten zum dritt wichtigsten Empfänger von US-Militärhilfe avancierte. Seither nahm die Involvierung der USA in die bewaffnete Auseinandersetzung Kolumbiens stetig zu, was in Teilen der US-amerikanischen Öffentlichkeit Erinnerungen an das Engagement in Vietnam hervorrief.

Während die Clinton-Administration (1992-2000) den Friedensprozess der Regierung Pastrana unterstützte oder zumindest tolerierte, setzten sich mit dem Regierungswechsel zu George W. Bush die Skeptiker durch. Spätestens nach den Terroranschlägen in New York und Washington am 11. September 2001 erfolgte dann eine Neubewertung der US-Politik zu Kolumbien, gewannen die Gegner von Gesprächen mit der Guerilla endgültig die Oberhand. Das *US-State Department* führt mittlerweile sowohl ELN und FARC, als auch – seit dem 10.9.2001 (!) – die AUC auf seiner Liste der *Foreign Terrorist Organizations*. Präsident Bush beantragte im April 2002 beim US-Kongress die Aufhebung der Trennung zwischen Unterstützung bei der Drogenbekämpfung

und Hilfe bei der Guerillabekämpfung. Der US-Kongress stimmte dem zu, allerdings zunächst auf ein Jahr befristet. Im Haushaltsansatz für das Jahr 2003 sind erstmals seit Ende des Kalten Krieges beachtliche Summen an Militärhilfe für Kolumbien vorgesehen, die nicht an den Kampf gegen die Drogen gekoppelt sind. Darunter sind etwa US\$ 98 Mio. zur Ausbildung einer Brigade der kolumbianischen Armee, die die Haupterdölpipeline des Landes bewachen soll, die von ELN und FARC regelmäßig gesprengt wird.

Waren die Beziehungen unter Pastrana schon gut, so wurde Álvaro Uribe zu einem der engsten Verbündeten der USA in Lateinamerika. Kolumbien unterstützte nicht nur die US-Politik im Irak, im September 2003 unterzeichnete Kolumbien auch den von den USA geforderten bilateralen Vertrag zum Internationalen Strafgerichtshof (ICC), wonach Kolumbien US-Bürger nicht an den ICC ausliefern wird. Nach dem WTO-Gipfel in Cancún scherte Kolumbien außerdem als eines der ersten lateinamerikanischen Länder aus der Gruppe der von Brasilien angeführten Kritiker des Weltagrarhandels aus.

Für Kolumbien wurden in den vergangenen Jahren immer wieder Erfolge bei der Reduzierung der Anbauflächen für den Drogenanbau vermeldet, die vor allem auf der – nicht nur innerhalb Kolumbiens – sehr umstrittenen Besprühung der Anbauflächen beruht. Auch wenn der Anbau von Koka im Süden Kolumbiens stark zurückgegangen ist, so werden gleichzeitig neue Anbauflächen in anderen, bisher nicht für den Drogenanbau genutzten Arealen sowie ein neuerlicher Anstieg der Produktion in Peru und Bolivien gemeldet. Auf die gesamte Andenregion bezogen, ergibt sich somit bestenfalls ein Nullsummenspiel, in dessen Rahmen zwar die Orte der Produktion wechseln, die Gesamtmenge an produzierten Drogen aber weitgehend gleich bleibt. Solange sich an der sozialen und wirtschaftlichen Krise nichts ändert, werden Drogenanbau und -handel für viele landlose Bauern und arbeitslose Jugendliche die einzigen Möglichkeiten bleiben, ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Das Referendum vom 25. Oktober 2003

Bereits im Vorfeld war das Referendum als der große Test für den Rückhalt der Regierung Uribe in der Bevölkerung hochstilisiert worden. Nicht nur die Medien, sondern auch das Verhalten des Präsidenten, der unermüdlich und auf allen Kanälen die Werbetrommel für das Referendum und vor allem auch für eine Beteiligung an der Abstimmung rührte, machten dies in den Wochen vor dem 25. Oktober deutlich. Inhaltlich bestand

schaftswachstum als den zentralen Faktor zur Konfliktprävention. Kolumbien ist ein Beispiel dafür, dass dieser Zusammenhang keinesfalls immer besteht.

das Referendum aus 15 Punkten (vgl. Kasten), die sich vor allem um zwei Themen drehen: Erstens eine politische Reform, die die traditionelle *politiquería* beenden sollte. Dazu sollten sowohl Senat und Abgeordnetenhaus verkleinert, wie auch Strafen für Bestechung, Amtsmissbrauch und Veruntreuung von öffentlichen Geldern eingeführt bzw. verschärft werden. Zweitens die Reduzierung des staatlichen Ausgabendefizits durch die Streichung vor allem „politischer“ Kosten und eine Begrenzung von Gehältern und Pensionen in der öffentlichen Verwaltung.

Beide Themenbereiche stellen einen Frontalangriff auf das traditionelle Macht- und Herrschaftsgefüge des Landes dar. Sowohl das politische System wie die öffentliche Verwaltung dienten in der Vergangenheit vor allem zur klientelistischen Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo. Im Rahmen des Elitenpakts der Nationalen Front, der trotz der Verfassungsänderung von 1991 nach wie vor die Basis des politischen Systems bildet, diente die Vergabe von Jobs und Posten als zentraler Mechanismus der vertikalen Integration.

Die 15 Punkte des Referendums

1. Verlust der politischen Rechte (passives Wahlrecht und Vertragsfähigkeit mit öffentlichen Stellen) für all diejenigen, die wegen Veruntreuung von öffentlichen Geldern verurteilt wurden.
2. Namentliche und öffentliche Abstimmung von gewählten Amtsträgern, außer bei reinen Verfahrensangelegenheiten.
3. Abschaffung der Position des Stellvertreters von gewählten Funktionsträgern.
4. Abschaffung von Globalzuweisungen in den öffentlichen Haushalten mit Ausnahme derjenigen, die für Notfälle und Katastrophen notwendig sind.
5. Verbot der Beteiligung der Abgeordneten an der Verwaltung des Kongresses.
6. Verkleinerung des Kongresses: 83 Senatoren, von denen 78 über nationale Listen, zwei durch die indigenen Gemeinschaften und drei durch politische Minderheiten gewählt werden, Sperrklausel von 2%; zwei Abgeordnete pro *Departamento* (32) und für Bogotá sowie ein weiterer für jedes 1,16% der Bevölkerung, das in einem *Departamento* lebt, sowie vier Abgeordnete in speziellen Wahlkreisen (davon zwei durch die Gemeinschaften der afrikanischen Kolumbianer, einer durch die indigenen Gemeinschaften und einer durch die Auslandskolumbianer gewählt).
7. Amtsverlust für all diejenigen gewählten Amtsträger, die ohne gerechtfertigten Grund mehr als sechs Parlaments-sitzungen mit Abstimmung fern bleiben, ihr Amt innerhalb von acht Tagen nicht antreten, die die Regelungen zur Wahlkampffinanzierung verletzen oder Stimmen kaufen oder sich bestechen lassen.
8. Begrenzung von Pensionen und Gehältern in der öffentlichen Verwaltung auf die Höhe des 25fachen Mindestlohns. Ruhestand ist erst ab 55 Jahren möglich; zwischen dem 1. Januar 2005 und dem 31. Dezember 2006 keine Gehalts- und Pensionserhöhungen in der öffentlichen Verwaltung, wenn sie das 25fache des Mindestlohns übersteigen.
9. Überwachung der Finanzen von *Departamentos*, Distrikten und Gemeinden durch den nationalen Rechnungshof und Abschaffung der dortigen Rechnungsprüfung.
10. entfällt
11. Verbot der Bewilligung von Hilfen mit öffentlichen Geldern für die Unterstützung von Wahlkämpfen oder anderen Zwecken, die die Unabhängigkeit der gewählten Amtsträger gefährden.
12. Die durch die Abschaffung der territorialen Rechnungsprüfung eingesparten Gelder werden für die Dauer von zehn Jahren in die Verbesserung der Grundbildung investiert.
13. Die Einkünfte aus den Lizenz-/Fördergebühren, die nicht den *Departamentos*, Distrikten und Gemeinden zufallen, wo diese erhoben werden, fließen zu 56% in die Erweiterung der Grundbildung, zu 36% in die Grundversorgung mit Trinkwasser, zu 7% in den nationalen Pensionsfonds für die Territorialeinheiten und zu 1% in die Rehabilitation des Cauca.
14. Sanierung der öffentlichen Finanzen: Gehälter und Pensionen, die zwei Mindestlöhne überschreiten werden in den kommenden zwei Jahren auf der Basis des Jahres 2003 eingefroren, lediglich ein Inflationsausgleich wird gewährt.
15. Politische Parteien: Die Anerkennung des Status als politische Partei erhalten all diejenigen Gruppen, Bewegungen und Organisationen, die bei der Wahl zum Kongress mindestens 2% der Stimmen, bei der Präsidentschaftswahl 5% der Stimmen erhalten haben. Ausnahmeregelungen gelten für diejenigen, die sich in den Sonderwahlkreisen bewerben.

Quelle: Diario Oficial AÑO CXXXVIII. N. 45070. 21 enero, 2003, S. 25.

Zwei Entwicklungen haben das Funktionieren dieses Mechanismus in den letzten anderthalb Jahrzehnten untergraben. Zum einen das wachsende staatliche Defizit und der Druck des Internationalen Währungsfonds zur fiskalischen

Austerität, der Kolumbien im lateinamerikanischen Vergleich erst sehr spät erreichte. Zum anderen die Eskalation des bewaffneten Konflikts und der Druck der USA, die eine verstärkte Allokation der staatlichen Ressourcen zugunsten der

Sicherheitskräfte verlangten. Vor dem Hintergrund der traditionell selbst im lateinamerikanischen Vergleich extrem niedrigen Steuerquote Kolumbiens³ von nur 10% begrenzt dies die materiellen Möglichkeiten des kolumbianischen Staates, eine aktive soziale Integrations- oder Wirtschaftspolitik zu betreiben, zusätzlich.

Obwohl das Referendum im Kongress beschlossen wurde, und nachdem das Verfassungsgericht einige Artikel gestrichen hatte, formierten sich im Vorfeld des Referendums unterschiedliche Lager und Positionen. Die Befürworter – vorneweg Präsident Uribe, aber auch einzelne Politiker der Liberalen Partei wie der ehemalige Vizepräsident Humberto de la Calle – argumentierten vor allem mit den erhofften positiven sozialen Effekten im Bereich der Grundbildung und Grundversorgung und mit der Stärkung des politischen Systems. Das Lager derjenigen, die für eine Beteiligung am Referendum, aber für eine differenzierte Beantwortung und Abwägung der vorgeschlagenen Verfassungsänderungen plädierten, wurde von Ex-Finanzminister Juan Camilo Restrepo angeführt.

Die Befürworter einer „aktiven Wahlenthaltung“ – darunter der ehemalige Generalstaatsanwalt Alfonso Gómez und die Führung der Liberalen Partei unter der Senatorin Piedad Córdoba sowie der *Polo Democrático Independiente* (PDI) – kritisierten erstens die „Manipulation“ der öffentlichen Meinung durch die Regierung, weil diese die Verfechter der Stimmenthaltung als anti-demokratisch bezeichnet habe, obwohl die Verfassung die Enthaltung vorsehe und zulasse. Zweitens sei das Referendum als Instrument weder gegen die Korruption noch gegen die *politiquería* geeignet, weil die vorgesehenen Bestimmungen – wie der Verlust des passiven Wahlrechts – bereits in der bestehenden Gesetzgebung vorgesehen seien. Drittens trügen die Bestimmungen nicht zum Kampf gegen die Korruption bei, sondern lediglich zu deren Verringerung. Viertens sei der Inhalt des Referendums im Laufe der letzten Monate stark verändert worden. Zunächst sei es um eine Abwahl des Kongresses gegangen, dann um eine politische Reform, schließlich sei die Sanierung der Staatsfinanzen hinzugekommen, und jetzt behaupte die Regie-

rung gar, es handle sich um einen Vorschlag zur Bekämpfung des Terrorismus.

Die Ergebnisse des Wahltags zeigten dann, dass es der Regierung trotz des massiven Medieneinsatzes nicht gelungen war, genügend Anhänger zu mobilisieren. Zwar stimmten diejenigen, die am Referendum teilgenommen hatten, zum überwältigenden Teil mit „ja“, das Referendum verfehlte aber das für seine Gültigkeit notwendige Quorum von 25% der Wahlberechtigten. Interessant ist allerdings, dass die Wahlbeteiligung nicht überall in gleicher Weise niedrig war. In Bogotá und Antioquia gingen fast 30% der Wahlberechtigten zur Abstimmung, während die Beteiligung an der Atlantikküste dagegen zwischen 8% in der Guajira und 12% im *Departamento* Atlántico lag.

Mehrere Gründe lassen sich für die geringe Wahlbeteiligung identifizieren:

1. die traditionell geringe Beteiligung an Wahlen in Kolumbien, die selten über 50% der Wahlberechtigten liegt;
2. der Widerstand der traditionellen politischen Kräfte gegen die Reformen des politischen Systems, weshalb sie ihre Klientel aufforderten, zuhause zu bleiben (sichtbar vor allem an der extrem geringen Beteiligung an der Atlantikküste);
3. die Ablehnung der Austeritätspolitik durch die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, weshalb auch diese ihre Anhänger nicht mobilisierten (daher betrug die Beteiligung auch in Bogotá nur 30%), und
4. die komplizierte Fragestellung der einzelnen Punkte, zu deren Beantwortung man eigentlich die derzeit gültige Fassung der Verfassung zum Vergleich hätte vorliegen haben müssen, und die selbst für halbwegs informierte Bürger zwischen 20 und 30 Minuten dauerte.

War das Nichterreichen des Quorums schon ein herber Schlag für die Regierung, so verschlimmerte diese den politischen Schaden durch ein katastrophal schlechtes Management der Niederlage, das abermals Zweifel an ihrer demokratischen Standfestigkeit aufkommen ließ. Zwei Ereignisse machen dies deutlich: Der für das Referendum (und für die Verfassung) zuständige Innen- und Justizminister Fernando Londoño erklärte bereits am Samstagabend – als deutlich wurde, dass die 25% Marke, wenn überhaupt, nur bei einzelnen Punkten des Referendums erreicht werden könnte –, dass man die Basis für die Berechnung des Quorums neu festlegen müsste.

³ Ein Grund für diese niedrige Steuerquote liegt in der Tatsache, dass die kolumbianischen Kaffeeliten in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts mit dem Kaffeefonds eine Art Parallelstaat aufbauten. Die Einnahmen aus dem zentralen Exportprodukt kamen innerhalb eines ausgeklügelten Ausgleichssystems fast ausschließlich den dort Tätigen zugute, während der Zentralstaat leer ausging.

Auch wenn unbestritten ist, dass die Wahlregister des Landes zahlreiche Schwächen und Fehler aufweisen und wenn unverständlich ist, warum ungültige Stimmen nicht auf das Quorum angerechnet wurden, so war dies doch allseits bekannt. Eine nachträgliche Änderung wäre nicht nur schlechter Stil, sondern offener Verfahrensbruch gewesen. Aber auch der Präsident selbst erwies sich als schlechter Verlierer. Statt wie im Vorfeld sofort vor die Kameras zu treten, schwieg er bis Mittwochabend – ein Schweigen, das ihm nicht nur von seinen expliziten Gegnern, sondern auch von Sympathisanten verübelt wurde.

Die komplexe politische Gemengelage, in der sich Kolumbien aktuell befindet, wird noch deutlicher, wenn man die Ergebnisse der Kommunal- und Regionalwahlen vom 26. Oktober mit einbezieht. Hier erlebte die Regierung Uribe – auch wenn sie selbst nicht zur Wahl stand – ihren zweiten herben Rückschlag.

Die Kommunal- und Regionalwahlen vom 26. Oktober 2003

Die Dezentralisierung, insbesondere die erste Direktwahl der Bürgermeister 1985, war ein zentrales Element der politischen Reformen der damaligen Regierung von Belisario Betancur (1982-86). Ziel war es, durch eine Verbreiterung der politischen Partizipationsmöglichkeiten der Gewalt den Boden zu entziehen und die Bedeutung der lokalen Ebene innerhalb des politischen Systems zu erhöhen. Eine zwar ungewollte und vor allem für die Zivilbevölkerung negative Konsequenz war, dass die Gemeinden und Kommunen damit auch für die bewaffneten Akteure eine größere Bedeutung bekamen. Alle bewaffneten Akteure haben seither verstärkt eine Politik der territorialen Kontrolle verfolgt und versucht, bewaffnet auf die lokalen Entwicklungen Einfluss zu nehmen. Schon aus diesem Grund ist die Gewalt im Vorfeld der Wahlen in den letzten Jahren immer angestiegen, wurden Bürgermeister und andere Kandidaten und Amtsträger zu bevorzugten Zielen der bewaffneten Gruppen. Am 10. Juli 2002 forderten die FARC alle Bürgermeister und Gouverneure zum Rücktritt auf, anderenfalls würden sie zum Ziel militärischer Angriffe. Die Paramilitärs warnten dagegen davor, den Forderungen der Guerilla nachzugeben. Fast 200 Bürgermeister legten ihre Ämter nieder, zahlreiche andere verließen ihre Gemeinden und übten ihr Amt von Bogotá aus. Vor diesem Hintergrund spiegeln die Kommunalwahlen zumindest in einigen Regionen des Landes weniger den demokratischen Willen der Bevölkerung als die faktischen militärischen Kräfteverhältnisse wider.

Bereits bei den Kommunalwahlen im Jahr 2000 war die Krise des traditionellen Zweiparteiensystems offensichtlich. Die Konservative Partei stellte damals nur noch zwei von 30 Gouverneuren; der Liberalen Partei gelang es schon vor drei Jahren nicht, das Bürgermeisteramt der Hauptstadt Bogotá zu erobern. Damals wurde der unabhängige Antanas Mockus zum zweiten Mal mit deutlichem Abstand vor der Kandidatin der Liberalen Partei, der ehemaligen Außenministerin Emma Mejía, zum Bürgermeister gewählt. Auch in den anderen Kommunen konnten sich bereits im Jahr 2000 vielfach unabhängige Kandidaten durchsetzen.

Am 26. Oktober 2003 hat sich dieser Trend fortgesetzt. Zwar hat sich landesweit die Liberale Partei als stärkste politische Kraft behaupten können, aber insbesondere in den großen Städten gerät sie zunehmend in eine Minderheitenposition. Neben der anhaltenden Krise des traditionellen Zweiparteiensystems zeigen die Wahlergebnisse vor allem in ihrer regionalen Differenzierung sehr unterschiedliche Entwicklungstendenzen auf. Auch wenn die endgültigen Wahlergebnisse für die Verteilung der Sitze in den Stadtparlamenten und Gemeinderäten noch nicht feststehen, zeigen sich einige Trends:

1. Die Zunahme des parteipolitisch nicht gebundenen, programmatisch orientierten Votums: So wurde in der Hauptstadt Bogotá mit Lucho Garzón erstmals ein linker Gewerkschafter in das zweitwichtigste politische Amt des Landes gewählt und einem Kandidaten vorgezogen, der als klarer Anhänger von Präsident Uribe gilt. Garzón hatte 2002 bei den Präsidentschaftswahlen mit 6% der Stimmen nur den dritten Platz erreicht. Er wurde von einer breiten Allianz unterstützt, die neben der linken Sammlungsbewegung *Polo Democrático Independiente* (PDI) auch die Liberale Partei umfasst. Beachtenswert ist, dass Garzón nicht nur als Person mit 46% der Stimmen ein sehr gutes Ergebnis erzielte, sondern dass der PDI auch eine starke Position im Stadtrat erreichen konnte, was dem Bürgermeister das Regieren sicher erleichtern wird. In Bogotá setzte sich damit zum einen die Tradition der vergangenen Jahre fort, nach der die Hauptstädter unorthodoxe Kandidaten wählen, die außerhalb des klassischen Parteienspektrums stehen. Zum anderen steht Garzón auch für eine Politik zugunsten der marginalisierten Bevölkerungsmehrheit und damit einen Politikbereich, den die Regierung Uribe bisher vernachlässigt hat. Auch in Medellín wurde mit dem Mathemati-

ker Sergio Fajardo erstmals ein von den traditionellen Parteimaschinerien unabhängiger Kandidat gewählt, der auf die breite Unterstützung von NRO, Akademikern, der *Alianza Social Indígena* aber auch der Unternehmer bauen konnte.

2. Die Wahl von Außenseitern mit populistischem Programm: In zahlreichen Städten und Gemeinden konnten sich die traditionellen Parteien zwar nicht mehr durchsetzen, es gewannen aber Kandidaten, die weniger über ein Programm denn über einen populistischen Diskurs verfügen, wie etwa in Cali.
3. Traditionelle Klientelwahlen: Schließlich gab es insbesondere in den ländlichen Gebieten nach wie vor die klassischen Klientelwahlen. Sie stehen weitgehend hinter den Erfolgen der Liberalen Partei in Bolívar, Huila, Córdoba, Sucre und La Guajira.

Sehr positiv ist zu beurteilen, dass die Wahlbeteiligung mit über 50% nicht nur deutlich höher war als beim Referendum, sondern dass sie für kolumbianische Verhältnisse eigentlich gut war. Das zeigt zweierlei: Erstens lassen sich die Wählerinnen und Wähler von den bewaffneten Gruppen nicht an der Ausübung ihrer demokratischen Grundrechte hindern. Zweitens sieht anscheinend immerhin die Hälfte der Wahlberechtigten in den Wahlen ein geeignetes Mittel zur politischen Artikulation. Ein Tatbestand, der angesichts der Diskreditierung der politischen Systeme Lateinamerikas nicht gering einzuschätzen ist. Gemäß den Daten des *Latinobarómetro* unterstützen 46% der Kolumbianerinnen und Kolumbianer die Demokratie als Regierungsform, aber nur 22% sind mit ihr zufrieden. Die Unterstützung steigt mit der Höhe des Einkommens und der Ausbildung; ein deutlicher Hinweis auf die fehlende soziale Fundierung der Demokratie. In Kolumbien gelten 37% der Befragten als undemokratisch, was im lateinamerikanischen Vergleich einen Mittelwert darstellt (zwischen 18% in Costa Rica und 60% in Paraguay). 32% sagen, dass sie der Regierung vertrauen, aber 65% unterstützen sie. Hier wird ein großes Potenzial für Volatilität an den Urnen deutlich.

Kolumbien nach den Wahlen – komplizierte Gemengelage mit Problemen und Chancen

Die Wahlergebnisse zeigen mithin weniger Widersprüche auf, sondern die Komplexität der politischen Entwicklung in Kolumbien: Zwar unterstützen in Umfragen nach wie vor über zwei Drittel der Befragten Präsident Uribe und seine

Politik, gleichzeitig artikulieren aber die bisher weitgehend marginalisierten Bevölkerungsgruppen ihre Forderung nach sozialer Integration immer deutlicher. Daneben bestehen traditionelle Herrschafts- und Machtstrukturen – vor allem auf dem Land – weiter fort und machen, dort wo sie sich auflösen, vielfach populistischen Projekten Platz. Letztlich lassen sich vier verschiedene Kolumbien identifizieren, deren Grenzen fließend sind, die aber unterschiedliche Zukunftsvorstellungen und Ziele haben:

1. das traditionelle Kolumbien, das nach wie vor von den klientelistischen Strukturen und Machtbeziehungen geprägt ist;
2. das bewaffnete Kolumbien, in dem die Macht aus den Gewehrläufen kommt;
3. die Anhänger von Präsident Uribe, deren oberste Priorität die Pazifizierung des Landes ist;
4. die zivile Linke, deren oberste Priorität die Überwindung der sozialen Krise ist.

Alle vier Kolumbien konstituieren keine einheitlichen Blöcke, auch wenn sie in Teilen durchaus an Subkulturen erinnern, die eigenständige Wertsysteme und Identitäten sowie gemeinsame Interessen vor allem in der Abgrenzung nach außen zeigen. Während beiden erstgenannten Gruppen vor allem an der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo gelegen ist, versuchen die beiden anderen diesen zu verändern. Uribistas und zivile Linke unterscheiden sich allerdings durch unterschiedliche Schwerpunktsetzung und in der Frage, in welcher Reihenfolge diese durchzusetzen sind.

Nach Referendum und Wahlen gibt es eine Reihe von Gefahren für die künftige Entwicklung, aber auch Chancen. Eine der Gefahren besteht darin, dass es zu einer Polarisierung innerhalb der Reformanhänger nach dem klassischen Rechts-Links-Schema kommt. Davon würden letztlich nur all jene profitieren, die wollen, dass alles beim Alten bleibt. Eine zweite Gefahr besteht in der mangelnden Dialog- und Kompromissfähigkeit der Regierung. Die Reaktionen der Regierung – z.B. Spekulationen über Neuwahlen, die den Innenminister sein Amt kosteten, aber auch das späte Anerkennen der Niederlage durch den Präsidenten selbst – geben Anlass zu Fragen bezüglich ihrer Lernfähigkeit. Wird sie bereit sein Kompromisse zu schließen und wenn ja, werden diese Kompromisse mit den traditionellen Kräften oder mit der zivilen Linken gesucht? Die Antworten auf diese Fragen werden in den nächsten Monaten und Jahren maßgeblich für die weitere Entwicklung des Landes sein. Die Rücktritte und Wechsel in zentralen Regierungsressorts sind insofern positiv,

als erklärte Hardliner wie Innenminister Londoño und Verteidigungsministerin Ramirez die Regierung verlassen haben. Die Ernennungen eröffnen aber noch keine klaren Perspektiven, sondern zeigen eher, dass der Präsident enge Verbündete und persönliche Freunde „ins Boot“ holt.

Müssen sich die Uribistas entscheiden, ob, wie und mit welchen Bündnispartnern sie Reformen durchsetzen wollen, so steht auch die zivile Linke Kolumbiens historisch vor ihrer größten Herausforderung. Sie muss zeigen, dass sie in der Lage ist, eine Metropole mit den gravierenden Problemen Bogotás nicht nur zu verwalten, sondern dort eine Politik der sozialen Integration für die Menschen im Alltag spürbar zu machen. Dies ist die zentrale Aufgabe und nicht die Frage, wer für den PDI als Kandidat in die Präsidentschaftswahlen 2006 geht. Die Gefahr der internen Zersplitterung der immer noch sehr heterogenen Linken geht einher mit der sehr konkreten physischen Bedrohung – vor allem von Lucho Garzón aber auch anderer – durch die bewaffneten Akteure. Die Erfahrungen der *Unión Patriótica*, aus deren Reihen Ende der 80er Jahre über 3.000 Mitglieder und Funktionäre ermordet wurden, darf sich hier nicht wiederholen.

Nur wenn es gelingt, zwischen den Reformprojekten der Regierung Uribe und der zivilen Linken eine strategische Allianz und einen Minimalkonsens zu errichten, kann sich für die Mehrheit der Menschen im Land etwas bewegen. Dieser Minimalkonsens muss aus vier Elementen bestehen: Erstens der Verpflichtung zur Einhaltung demokratischer Verfahren; zweitens der Delegitimierung des bewaffneten Kampfes so-

wohl der Guerilla als auch der Paramilitärs; drittens dem Schutz der Zivilbevölkerung vor Übergriffen jedweder Art, und viertens einer klaren Priorität sozialer Integration.

Literaturhinweise:

- CEPAL 2003: Panorama Social de América Latina 2002-2003, Santiago de Chile.
- CID 2003: Bien-estar y macroeconomía, in: Economía Colombiana Nr. 296, junio/julio 2003.
- Collier, Paul et al. 2003: Breaking the Conflict Trap – Civil War and Development Policy, Washington.
- Espitúa López, Mario 2003: Apertura Económica llevó al sector agropecuario a una crisis permanente, advierte el ministro del ramo, in: www.contraloriagen.gov.co/congreso
- ILO 2002: Panorama laboral de América Latina y el Caribe.
- Latinamerican Weekly Report (LAWR) 03-35, 9.9.03.
- Orozco, Manuel 2003: Remittances to Latin America and its Effects on Development. Powerpoint presentation, www.usaid.gov/regions/lac/rural/conference_documents/Orozco.remittances.pdf
- Oxfam 2002: Mugged. Poverty in Your Coffee Cup, London.
- Worldbank 2002: Colombia Poverty Report, March 2002.
- Sowie:
- Pressearchiv *IberoDigital* des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg (www.duei.de/iik).
- Regelmäßige Berichte der Kolumbienprojekte des *Center for International Policy* (www.ciponline.org/colombia).
- International Crisis Group* (www.intl-crisis-group.org).

Autorennotiz: Sabine Kurtenbach, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Iberoamerika-Kunde in Hamburg. Regionale Schwerpunkte: Kolumbien und Zentralamerika. Thematische Schwerpunkte: Gewalt und Friedensprozesse, Sicherheitspolitik, Militär, Menschenrechte und politische Entwicklung allgemein.
E-Mail: kurtenbach@iik.duei.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: €61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); €46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); €31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von €15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten €3,10 (für Studierende €2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41
E-Mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

**Sabine Kurtenbach / Mechthild Minkner-Bünjer /
Andreas Steinhilf (Hg.):**

Die Andenregion – neuer Krisenbogen in Lateinamerika

**Frankfurt/M.: Vervuert 2003, 428 S.
(im Druck)**

**Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg
Band 59**

Politisch, wirtschaftlich und sozial häufen sich in den Andenländern seit Mitte der 90er Jahre die Krisenszenarien und negativen Schlagzeilen. Der Sammelband analysiert die Krise der Andenländer ebenso in ihrer regionalen und sektoralen Dimension (Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, Drogenhandel, indigene Bewegungen, neue soziale Akteure, Menschenrechte) wie in ihrer spezifischen nationalen Ausprägung in Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela. Darüber hinaus werden die Reaktionen und der Umgang externer Akteure mit der Krise der Andenländer sowohl aus wissenschaftlicher wie aus praxisnaher Perspektive untersucht (Andenländerkonzept der Bundesregierung, die Wirtschaftsbeziehungen Deutschland – Andengemeinschaft, EU, Brasilien, USA). So unterschiedlich die Ansätze und Themen des vorliegenden Bandes auch sind, so machen sie doch eines deutlich: Nur wenn es gelingt schnell auf verschiedenen Ebenen und nicht nur gegenüber einzelnen Symptomen der Krise Ansätze für kreatives Krisenmanagement und ein integriertes Vorgehen zu identifizieren und umzusetzen, wird es der Region und den dort lebenden Menschen erspart bleiben, von der Krise ins Chaos abzurutschen.

Institut für Iberoamerika-Kunde

Alsterglaci 8, 20354 Hamburg

Tel. 040 / 41 47 82 01 – Fax 040 / 41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de – <http://www.duei.de/iik>